

## Vier Stimmen aus der Region

### Umbau mit ungeahnten Folgen

«Die Idee eines garantierten Grundeinkommens für alle vermag auf den ersten Blick verlockend sein. Tatsächlich wollen die Initianten allen Menschen ein würdiges Dasein erlauben, was ein unterstützungswürdiges Ziel ist. Doch bei genauer Betrachtung ist die Initiative gerade aus sozialdemokratischer Sicht abzulehnen. Sie würde im Endeffekt zu einem völligen Umbau unserer heutigen Sozialversicherungen mit absolut ungeahnten Folgen führen. Und sie geht von einem Menschenbild aus, das ich nicht teilen kann: Arbeit ist nicht etwas Schlechtes oder «Mühsames», sondern trägt wesentlich zur Sinnstiftung bei. Dazu braucht es eine Wirtschaft, in der die Menschen im Zentrum stehen. Ich setze mich daher seit je dafür ein, dass alle Personen Arbeit zu guten Löhnen und fairen Bedingungen finden und wir über ein solidarisches und fortschrittliches Sozialsystem verfügen.»

Erich Fehr, SP, Bieler Stadtpräsident

### Eigenverantwortung ginge verloren

«Dieses Ansinnen ist ja nicht neu und reiht sich in eine Reihe von Initiativen in den letzten Jahren ein (Mindestlohn, 1:12 u.a.). Die Finanzierung des Ansinnens ginge einmal mehr vor allem zu Lasten des Mittelstands und der KMU. Sie sind das Rückgrat unserer Wirtschaft stellen über zwei Drittel der Arbeitsplätze sicher. Es würden Fehlanreize geschaffen und die Eigenverantwortung jedes Einzelnen ginge verloren. Das Signal gerade gegenüber jüngeren Generationen wäre fatal. Die Initiative setzt damit auch unser bewährtes duales Bildungssystem ohne Not aufs Spiel.»

Fabian Engel, Unternehmer, Präsident Handels- und Industrieverein Biel-Soledad

### Chance, sich selber durchzubringen

«Als skeptische Sympathisantin des Grundeinkommens habe ich schon während meiner Ausbildung zur Sozialarbeiterin (1952) die Vorschläge zu einem Grundeinkommen kennen gelernt (Erich Fromm). In der Praxis erlebte ich, dass staatliche Unterstützungen und Beihilfen aller Art einen lähmenden, diskriminierenden Charakter haben und gerade deswegen die Gefahr besteht, dass man, abhängig geworden, in diesem System hängenbleibt. Das Grundeinkommen sichert eine Existenzgrundlage, befreit von Existenzangst und diskriminiert nicht, steht allen zu und eröffnet Chancen, sich selbst durchzubringen. Gegenwärtig sind viele sozial Abhängige weit entfernt davon, was den Staat Unsummen kostet. Das Grundeinkommen funktioniert nur, wenn ein Gesinnungswandel stattfindet. Dazu braucht es Jahre.»

Judith Giovanelli-Blocher, Sozialarbeiterin und Schriftstellerin

### Was machen wir ohne Arbeit?

«Die Automatisierung der Arbeitswelt produziert Massenarbeitslosigkeit. Die Rationalisierung wird uns unumgänglich viel Freizeit bescheren, unsere Existenz aber auch fundamental bedrohen, weil wir an die Lohnarbeit gebunden sind. Der Autor Darwin Dante weist schlüssig nach, dass nur fünf Arbeitsstunden notwendig sind, um die grundlegende Versorgung sicherzustellen. Was machen wir also ohne Arbeit? Bestimmung stellt das Grundeinkommen das Existenzrecht des Menschen ins Zentrum, schafft Sicherheit und ermöglicht ein Leben, in dem jeder seine Fähigkeiten, Ideen und Bedürfnisse unabhängig des Lohnes leben kann.»

Matthias Stalder, Initiant «Vision 2035»



Daniel Häni bei der Unterschriftenübergabe der Initiative. Am 4. Oktober 2013 kippete dazu ein Lastwagen eine Ladung von 8 Millionen 5-Rappen-Stücken im Wert von 400 000 Franken und einem Gewicht von 15 Tonnen auf den Bundesplatz. Bild: zvg/Stefan Böhrer

**Das ist kein sachliches Argument.** Aber dieses: Das Grundeinkommen würde die Jungen befähigen! Sie müssen nicht mehr etwas lernen, das sie gar nicht gerne machen. Wir müssen die Jungen doch zu ihrer Freiheit erziehen, das ist die denkbar beste Investition. **Das Grundeinkommen soll an die ganze Schweizer Bevölkerung ausbezahlt werden. Das dürfte eine enorme Migrations-Sogwirkung auslösen.** Das ist Angstmacherei. Berechtigt wären schlicht jene, welche die Berechtigung haben, zur Bevölkerung zu gehören. Mit einer Frist liesse sich dies so lösen, dass keine Sogwirkung entsteht. **Das bedeutet, dass die Einwanderungspolitik restriktiver werden muss.** Nicht zwingend, vielleicht haben wir ja auch mal zu wenig Leute. **Kommen wir zur Finanzierung. Darüber macht die Initiative keine Aussage.** Die ist ganz einfach. **Und zwar? Der Bundesrat rechnet immerhin mit einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf von etwa 150 Milliarden Franken.** Die Botschaft des Bundesrates ist skandalös. Es geht nicht um mehr Geld! Das BGE ist kein zusätzliches Einkommen! Das muss man schon als Grundwissen haben – aber in der Botschaft ist das falsch dargestellt. Man hat bloss die bestehenden staatlichen Leistungen zusammengezählt und den Rest zur ganzen Summe als Finanzierungslücke betrachtet. Aber: Dieser Betrag besteht aus bereits bestehenden Einkommen, die dann nicht mehr Erwerbseinkommen sind, sondern das Grundeinkommen. Dieses ersetzt nicht nur teilweise bisherige Leistungen vom Staat, sondern auch die Erwerbseinkommen. **Die Finanzierbarkeit ist aber abhängig von der Höhe des Grundeinkommens – das sagt zum Beispiel der Ökonom Thomas Straubhaar, ein Befürworter.** Straubhaar will das Grundeinkommen möglichst tief halten und damit am liebsten gleich alle bestehenden Sozialleistungen streichen. Das erachte ich als neoliberalen Missbrauch der Idee. Die Höhe muss so gestaltet sein, dass man menschenwürdig leben kann damit. Die gesicherte Menschenwürde wird sich dann schon auszahlen. **Es ist absehbar, dass die Abstimmung im nächsten Jahr eine deutliche Niederlage für das Grundeinkommen bringt. Wozu dann der Aufwand?** Wir machen diese Initiative nicht zum Spass, sondern sehen sie als Beitrag zu einer substanziellen politischen Debatte in der Schweiz. Constantin Seibt hat im «Tagesanzeiger» geschrieben, das BGE

### Zur Person

Daniel Häni wurde 1966 geboren. Er ist Unternehmer, Mitbegründer des Basler Kultur- und Kaffeehauses **Unternehmen Mitte**, Mitinitiator der Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen». Kürzlich erschien «Was fehlt, wenn alles da ist?», ein von ihm mitgeschriebenes Buch zum Thema. Das Unternehmen Mitte hat seinen Sitz in einem **ehemaligen Gebäude der früheren Schweizer Volksbank**, mitten in Basel. Häni hat das Gebäude mit Freunden und der Hilfe einer Stiftung 1998 übernehmen können. Im Kaffeehaus herrscht kein Konsumzwang, Gewinne des Unternehmens werden nicht privatisiert. Der gastronomische Umsatz beträgt jährlich **3,7 Millionen Franken**, beschäftigt sind 91 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. *tg*

**Info:** Daniel Häni, Philip Kovce: «Was fehlt, wenn alles da ist? Warum das bedingungslose Grundeinkommen die richtigen Fragen stellt.» (Orell Füssli)

# «Das Grundeinkommen ist ein Angstfresser»

**Initiative Daniel Häni ist Mitinitiant der Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Für ihn ist die Idee «eine Durchsetzungsinitiative der allgemeinen menschlichen Vernunft». Unter den Bedingungen der Zukunft gelte es, Arbeit nicht als Disziplinierungsmassnahme zu betrachten, sondern sie überhaupt erst zu ermöglichen.**

Interview: Tobias Graden

### Daniel Häni, warum wollen Sie die Schweiz abschaffen?

Daniel Häni: Das liegt mir fern. Ich will sie wecken.

**Der Sprecher der SVP-Fraktion hat in der Nationalratsdebatte zum bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) aber gesagt, eine Annahme der Initiative würde das Ende der Schweiz bedeuten.**

Der Wahlslogan der SVP lautet bekanntlich «Frei bleiben». Doch was wir brauchen ist: «Frei werden». Das will das bedingungslose Grundeinkommen. **Aus Sicht der FDP ist es «eine entscherte Handgranate, die das System zu sprengen droht».** Manche bezeichnen die Idee auch als Utopie. Wenn solche Kampfbegriffe gebraucht werden, zeigt dies, dass dem nicht so ist. Das Grundeinkommen ist keine Handgranate, sondern mehr Macht in der Hand des Einzelnen. Also eine Versicherung gegen die explosive Macht von wenigen. Es ist ein Angstfresser für die Menschen.

**Die CVP spricht von einem «sozialromantischen Experiment», das BGE**

**verkenne «den Wert der Erwerbsarbeit».**

Die Idee ist nicht sozialromantisch, sondern sozialpraktisch: Das Grundeinkommen macht den Teil des Einkommens, den ohnehin alle unbedingt brauchen, bedingungslos. Es ist sozusagen die Durchsetzungsinitiative der allgemeinen menschlichen Vernunft. Und es löst die Fixierung der Sicht auf die Arbeit als pure Erwerbsarbeit auf. Die Arbeit erfährt also eine höhere Wertschätzung, wird gewürdigt, erhält Kraft. Es geht darum, sie nicht nur als Profitmaximierungsvorgang zu betrachten, sondern als ein Ort, wo der Mensch Mensch sein und sich entwickeln kann. **Die Grünliberalen lehnen die Initiative ab, weil sie das Grundeinkommen als «grosses Subventionsprogramm für die Wirtschaft» betrachten.** Das ist wahrscheinlich ein ideologischer Irrtum. Das BGE subventioniert nicht die Wirtschaft, sondern die Menschen. **Aber für die Unternehmen sinken doch die Lohnkosten.** Die direkten Lohnkosten würden sinken, dafür würde die Grundeinkommensabgabe hinzukommen. Es wäre für die Unternehmen also ein Nullsummenspiel.

**In einigen Worten: Warum braucht denn die Schweiz ein bedingungsloses Grundeinkommen?**

Wir werden in der Arbeitswelt gravierende Veränderungen haben. Über kurz oder lang wird noch viel mehr Arbeit, bei der es den Menschen für die blosser Ausführung braucht, automatisiert werden. Menschen werden aber dort gebraucht werden, wo eine Arbeit nicht berechnet werden kann, wo sie selber denken und mit initiative sein müssen. Die Idee des BGE ist es, dies bewusst zu machen – aus einer positiven Perspektive heraus, nicht aus der Not. **Sie wollen mit dem BGE einen neuen Menschen schaffen.** Nein. **Aber Sie haben einen anderen Menschenbegriff als die Gegner des BGE. Sie schreiben in Ihrem Buch viel von Vertrauen und Zutrauen.** Das ist wahrscheinlich ein ideologischer Irrtum. Das BGE subventioniert nicht die Wirtschaft, sondern die Menschen. **Aber für die Unternehmen sinken doch die Lohnkosten.** Die direkten Lohnkosten würden sinken, dafür würde die Grundeinkommensabgabe hinzukommen. Es wäre für die Unternehmen also ein Nullsummenspiel.

Die Idee ist nicht sozialromantisch, sondern sozialpraktisch: Das Grundeinkommen macht den Teil des Einkommens, den ohnehin alle unbedingt brauchen, bedingungslos. Es ist sozusagen die Durchsetzungsinitiative der allgemeinen menschlichen Vernunft. Und es löst die Fixierung der Sicht auf die Arbeit als pure Erwerbsarbeit auf. Die Arbeit erfährt also eine höhere Wertschätzung, wird gewürdigt, erhält Kraft. Es geht darum, sie nicht nur als Profitmaximierungsvorgang zu betrachten, sondern als ein Ort, wo der Mensch Mensch sein und sich entwickeln kann. **Die Grünliberalen lehnen die Initiative ab, weil sie das Grundeinkommen als «grosses Subventionsprogramm für die Wirtschaft» betrachten.** Das ist wahrscheinlich ein ideologischer Irrtum. Das BGE subventioniert nicht die Wirtschaft, sondern die Menschen. **Aber für die Unternehmen sinken doch die Lohnkosten.** Die direkten Lohnkosten würden sinken, dafür würde die Grundeinkommensabgabe hinzukommen. Es wäre für die Unternehmen also ein Nullsummenspiel.

**Sie haben aber auch schon gesagt: «Wenn ich am Freitag und Samstag die Konsummeilen anschau, frage ich mich auch, warum ich Idiot noch ein Grundeinkommen vorschlage.» Können die Menschen mit einem Grundeinkommen überhaupt verantwortungsvoll umgehen?**

Ich habe das so gesagt, um zu zeigen, dass ich auch Vorurteile und falschen Vorstellungen erliege. Wenn ich mit dem einzelnen Menschen vom Freitagabend in Kontakt käme, würde ich sehen, dass auch er etwas aus sich machen will und eine Persönlichkeit ist. **Sie kritisieren aber den Konsumismus, in Ihrem Unternehmen Mitte herrscht kein Konsumzwang. Das BGE könnte aber gar ein Konsum-Stimulationsprogramm sein, wenn es die Sparquote senkt.** Es gibt dazu zwei Dinge zu sagen. Ich beobachte oft Leute, die in Stellen tätig sind, für die sie nicht motiviert sind, wo sie frustriert sind in ihrer Arbeit. Dass diese dann in der so genannten Freizeit Kompensationskonsum ausüben, ist nicht weiter verwunderlich. Mit dem BGE würde weniger Frust und mehr Identifikation in der Arbeitswelt sein.

Der andere Aspekt: Die Wirtschaft braucht Konsumgeld, sonst funktioniert sie nicht. Das BGE könnte auch nur dazu eingeführt werden. **Ein «New Deal» für das 21. Jahrhundert?** Im schlechtesten Fall wird es auf diese Art kommen, ja. **Sie trauen also den Menschen zu, mit dieser Freiheit auch umzugehen.** Es ist ein Fehler, dies nicht zu tun. Abgesehen davon ist es wirklich keine grosse Freiheit, das, was man ohnehin braucht, bedingungslos zu erhalten. Man wird durch das Grundeinkommen nicht in den Dschet katapultiert. **Doch man knüpft das Grundeinkommen nicht mal mehr an Leistung. Dabei ist die Freiheit in der Schweiz die Frucht unserer Leistung, was mit dem Grundeinkommen in Frage gestellt ist.** Das Argument ist ein Notfallgriff, um überhaupt noch die moralische Höheheit haben zu können und zudem eine anachronistische Vorstellung. Es ist längst nicht mehr so, dass man von der eigenen Leistung lebt. Wir sollten künftig nicht mehr die Arbeit als moralisches Disziplinierungsmittel einsetzen, sondern selbstbestimmte Arbeit ermöglichen.

Das ist das Argument von Rudolf Strahm. Er hat sich ein Leben lang darum bemüht, dass die Jungen eine anständige Ausbildung erhalten, ein edles Motiv. Und nun kommt zum Ende seiner Karriere der Vorschlag des Grundeinkommens, und er sieht sein Lebenswerk gefährdet. **Das ist kein sachliches Argument.** Aber dieses: Das Grundeinkommen würde die Jungen befähigen! Sie müssen nicht mehr etwas lernen, das sie gar nicht gerne machen. Wir müssen die Jungen doch zu ihrer Freiheit erziehen, das ist die denkbar beste Investition. **Das Grundeinkommen soll an die ganze Schweizer Bevölkerung ausbezahlt werden. Das dürfte eine enorme Migrations-Sogwirkung auslösen.** Das ist Angstmacherei. Berechtigt wären schlicht jene, welche die Berechtigung haben, zur Bevölkerung zu gehören. Mit einer Frist liesse sich dies so lösen, dass keine Sogwirkung entsteht. **Das bedeutet, dass die Einwanderungspolitik restriktiver werden muss.** Nicht zwingend, vielleicht haben wir ja auch mal zu wenig Leute. **Kommen wir zur Finanzierung. Darüber macht die Initiative keine Aussage.** Die ist ganz einfach. **Und zwar? Der Bundesrat rechnet immerhin mit einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf von etwa 150 Milliarden Franken.** Die Botschaft des Bundesrates ist skandalös. Es geht nicht um mehr Geld! Das BGE ist kein zusätzliches Einkommen! Das muss man schon als Grundwissen haben – aber in der Botschaft ist das falsch dargestellt. Man hat bloss die bestehenden staatlichen Leistungen zusammengezählt und den Rest zur ganzen Summe als Finanzierungslücke betrachtet. Aber: Dieser Betrag besteht aus bereits bestehenden Einkommen, die dann nicht mehr Erwerbseinkommen sind, sondern das Grundeinkommen. Dieses ersetzt nicht nur teilweise bisherige Leistungen vom Staat, sondern auch die Erwerbseinkommen. **Die Finanzierbarkeit ist aber abhängig von der Höhe des Grundeinkommens – das sagt zum Beispiel der Ökonom Thomas Straubhaar, ein Befürworter.** Straubhaar will das Grundeinkommen möglichst tief halten und damit am liebsten gleich alle bestehenden Sozialleistungen streichen. Das erachte ich als neoliberalen Missbrauch der Idee. Die Höhe muss so gestaltet sein, dass man menschenwürdig leben kann damit. Die gesicherte Menschenwürde wird sich dann schon auszahlen. **Es ist absehbar, dass die Abstimmung im nächsten Jahr eine deutliche Niederlage für das Grundeinkommen bringt. Wozu dann der Aufwand?** Wir machen diese Initiative nicht zum Spass, sondern sehen sie als Beitrag zu einer substanziellen politischen Debatte in der Schweiz. Constantin Seibt hat im «Tagesanzeiger» geschrieben, das BGE

sei zurzeit «die einzige zukunftsweisende politische Debatte». **Wenn sich nicht mal der Bundesrat mit der gebotenen Tiefe mit der Idee auseinandergesetzt hat – was gibt Ihnen dann die Gewissheit, dass die Debatte in der Öffentlichkeit von hoher Qualität sein wird?** Man darf mit der Idee des Grundeinkommens nicht zu ungeduldig sein. Die Botschaft des Bundesrats war recht undifferenziert, im Nationalrat war die Debatte schon einiges differenzierter. Bei der Volksabstimmung werden wir hoffentlich einen höheren Differenzierungsgrad sehen. **Ihr Buch trägt den sinnigen Titel «Was fehlt, wenn alles da ist?». Uns geht es also so gut, dass wir uns sogar den Mangel selber ausdenken. Das BGE ist ein Luxusproblem.** Im Gegenteil. Das Luxusproblem ist, dass wir so tun, als würden wir noch im Mangel leben und uns deswegen gegenseitig schikanieren. **Was verdienen Sie eigentlich?** Das, was alle Menschen verdienen: Respekt. **Und finanziell?** Nun, ich habe zwei Kinder und brauche ein entsprechendes Einkommen. Es ist nicht dermassen hoch. **Sie haben ein Unternehmen mitaufgebaut, ein florierendes KMU, beziehen aber als Mitbesitzer und Geschäftsführer nur einen moderaten Lohn. Wenn Sie aussteigen, können Sie nur die Nominalanteile geltend machen und partizipieren also nicht an der Wertsteigerung. Warum eigentlich?** Weil ich finde, dass ich den Wert des Unternehmens nicht zu privatisieren habe. Das ist so bei uns. Damit herrscht bei den Mitarbeitern eine transparente Arbeitsstimmung und Motivlage. Sie wissen, hier wird nicht um die Profitmaximierung willen und für die Taschen der Besitzer gearbeitet. **Aber Sie haben mehr für das Unternehmen getan als ein normaler Angestellter, und das unternehmerische Risiko liegt bei Ihnen. Es wäre nichts als recht, wenn Sie darum deutlich mehr Geld verdienen.** Nicht zwingend. Ich mache das ja nicht, um reich zu werden, sondern weil ich es sinnvoll finde, mitten in der Stadt in einer ehemaligen Bank ein offenes Kaffeehaus zu gestalten. Ein Teil davon, was das BGE will, habe ich für mich bereits realisiert. Ich arbeite nicht, um ein möglichst grosses Einkommen zu haben – sondern ich habe ein Einkommen, damit ich mich möglichst sinnvoll betätigen kann. **Haben Sie etwas gegen materiellen Reichtum?** Nein. Aber ich finde ihn nicht so attraktiv. Mich interessieren Menschen, Begegnungen, und mich als sinnvoll erleben zu können. **Was würden Sie tun, wenn das BGE eingeführt wäre?** Ich würde mich dafür einsetzen, dass das dieses Gesellschaftsmodell auch in anderen Ländern vorankommt. *tg*

Das ist das Argument von Rudolf Strahm. Er hat sich ein Leben lang darum bemüht, dass die Jungen eine anständige Ausbildung erhalten, ein edles Motiv. Und nun kommt zum Ende seiner Karriere der Vorschlag des Grundeinkommens, und er sieht sein Lebenswerk gefährdet. **Das ist kein sachliches Argument.** Aber dieses: Das Grundeinkommen würde die Jungen befähigen! Sie müssen nicht mehr etwas lernen, das sie gar nicht gerne machen. Wir müssen die Jungen doch zu ihrer Freiheit erziehen, das ist die denkbar beste Investition. **Das Grundeinkommen soll an die ganze Schweizer Bevölkerung ausbezahlt werden. Das dürfte eine enorme Migrations-Sogwirkung auslösen.** Das ist Angstmacherei. Berechtigt wären schlicht jene, welche die Berechtigung haben, zur Bevölkerung zu gehören. Mit einer Frist liesse sich dies so lösen, dass keine Sogwirkung entsteht. **Das bedeutet, dass die Einwanderungspolitik restriktiver werden muss.** Nicht zwingend, vielleicht haben wir ja auch mal zu wenig Leute. **Kommen wir zur Finanzierung. Darüber macht die Initiative keine Aussage.** Die ist ganz einfach. **Und zwar? Der Bundesrat rechnet immerhin mit einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf von etwa 150 Milliarden Franken.** Die Botschaft des Bundesrates ist skandalös. Es geht nicht um mehr Geld! Das BGE ist kein zusätzliches Einkommen! Das muss man schon als Grundwissen haben – aber in der Botschaft ist das falsch dargestellt. Man hat bloss die bestehenden staatlichen Leistungen zusammengezählt und den Rest zur ganzen Summe als Finanzierungslücke betrachtet. Aber: Dieser Betrag besteht aus bereits bestehenden Einkommen, die dann nicht mehr Erwerbseinkommen sind, sondern das Grundeinkommen. Dieses ersetzt nicht nur teilweise bisherige Leistungen vom Staat, sondern auch die Erwerbseinkommen. **Die Finanzierbarkeit ist aber abhängig von der Höhe des Grundeinkommens – das sagt zum Beispiel der Ökonom Thomas Straubhaar, ein Befürworter.** Straubhaar will das Grundeinkommen möglichst tief halten und damit am liebsten gleich alle bestehenden Sozialleistungen streichen. Das erachte ich als neoliberalen Missbrauch der Idee. Die Höhe muss so gestaltet sein, dass man menschenwürdig leben kann damit. Die gesicherte Menschenwürde wird sich dann schon auszahlen. **Es ist absehbar, dass die Abstimmung im nächsten Jahr eine deutliche Niederlage für das Grundeinkommen bringt. Wozu dann der Aufwand?** Wir machen diese Initiative nicht zum Spass, sondern sehen sie als Beitrag zu einer substanziellen politischen Debatte in der Schweiz. Constantin Seibt hat im «Tagesanzeiger» geschrieben, das BGE

sei zurzeit «die einzige zukunftsweisende politische Debatte». **Wenn sich nicht mal der Bundesrat mit der gebotenen Tiefe mit der Idee auseinandergesetzt hat – was gibt Ihnen dann die Gewissheit, dass die Debatte in der Öffentlichkeit von hoher Qualität sein wird?** Man darf mit der Idee des Grundeinkommens nicht zu ungeduldig sein. Die Botschaft des Bundesrats war recht undifferenziert, im Nationalrat war die Debatte schon einiges differenzierter. Bei der Volksabstimmung werden wir hoffentlich einen höheren Differenzierungsgrad sehen. **Ihr Buch trägt den sinnigen Titel «Was fehlt, wenn alles da ist?». Uns geht es also so gut, dass wir uns sogar den Mangel selber ausdenken. Das BGE ist ein Luxusproblem.** Im Gegenteil. Das Luxusproblem ist, dass wir so tun, als würden wir noch im Mangel leben und uns deswegen gegenseitig schikanieren. **Was verdienen Sie eigentlich?** Das, was alle Menschen verdienen: Respekt. **Und finanziell?** Nun, ich habe zwei Kinder und brauche ein entsprechendes Einkommen. Es ist nicht dermassen hoch. **Sie haben ein Unternehmen mitaufgebaut, ein florierendes KMU, beziehen aber als Mitbesitzer und Geschäftsführer nur einen moderaten Lohn. Wenn Sie aussteigen, können Sie nur die Nominalanteile geltend machen und partizipieren also nicht an der Wertsteigerung. Warum eigentlich?** Weil ich finde, dass ich den Wert des Unternehmens nicht zu privatisieren habe. Das ist so bei uns. Damit herrscht bei den Mitarbeitern eine transparente Arbeitsstimmung und Motivlage. Sie wissen, hier wird nicht um die Profitmaximierung willen und für die Taschen der Besitzer gearbeitet. **Aber Sie haben mehr für das Unternehmen getan als ein normaler Angestellter, und das unternehmerische Risiko liegt bei Ihnen. Es wäre nichts als recht, wenn Sie darum deutlich mehr Geld verdienen.** Nicht zwingend. Ich mache das ja nicht, um reich zu werden, sondern weil ich es sinnvoll finde, mitten in der Stadt in einer ehemaligen Bank ein offenes Kaffeehaus zu gestalten. Ein Teil davon, was das BGE will, habe ich für mich bereits realisiert. Ich arbeite nicht, um ein möglichst grosses Einkommen zu haben – sondern ich habe ein Einkommen, damit ich mich möglichst sinnvoll betätigen kann. **Haben Sie etwas gegen materiellen Reichtum?** Nein. Aber ich finde ihn nicht so attraktiv. Mich interessieren Menschen, Begegnungen, und mich als sinnvoll erleben zu können. **Was würden Sie tun, wenn das BGE eingeführt wäre?** Ich würde mich dafür einsetzen, dass das dieses Gesellschaftsmodell auch in anderen Ländern vorankommt. *tg*

Das ist das Argument von Rudolf Strahm. Er hat sich ein Leben lang darum bemüht, dass die Jungen eine anständige Ausbildung erhalten, ein edles Motiv. Und nun kommt zum Ende seiner Karriere der Vorschlag des Grundeinkommens, und er sieht sein Lebenswerk gefährdet. **Das ist kein sachliches Argument.** Aber dieses: Das Grundeinkommen würde die Jungen befähigen! Sie müssen nicht mehr etwas lernen, das sie gar nicht gerne machen. Wir müssen die Jungen doch zu ihrer Freiheit erziehen, das ist die denkbar beste Investition. **Das Grundeinkommen soll an die ganze Schweizer Bevölkerung ausbezahlt werden. Das dürfte eine enorme Migrations-Sogwirkung auslösen.** Das ist Angstmacherei. Berechtigt wären schlicht jene, welche die Berechtigung haben, zur Bevölkerung zu gehören. Mit einer Frist liesse sich dies so lösen, dass keine Sogwirkung entsteht. **Das bedeutet, dass die Einwanderungspolitik restriktiver werden muss.** Nicht zwingend, vielleicht haben wir ja auch mal zu wenig Leute. **Kommen wir zur Finanzierung. Darüber macht die Initiative keine Aussage.** Die ist ganz einfach. **Und zwar? Der Bundesrat rechnet immerhin mit einem zusätzlichen Finanzierungsbedarf von etwa 150 Milliarden Franken.** Die Botschaft des Bundesrates ist skandalös. Es geht nicht um mehr Geld! Das BGE ist kein zusätzliches Einkommen! Das muss man schon als Grundwissen haben – aber in der Botschaft ist das falsch dargestellt. Man hat bloss die bestehenden staatlichen Leistungen zusammengezählt und den Rest zur ganzen Summe als Finanzierungslücke betrachtet. Aber: Dieser Betrag besteht aus bereits bestehenden Einkommen, die dann nicht mehr Erwerbseinkommen sind, sondern das Grundeinkommen. Dieses ersetzt nicht nur teilweise bisherige Leistungen vom Staat, sondern auch die Erwerbseinkommen. **Die Finanzierbarkeit ist aber abhängig von der Höhe des Grundeinkommens – das sagt zum Beispiel der Ökonom Thomas Straubhaar, ein Befürworter.** Straubhaar will das Grundeinkommen möglichst tief halten und damit am liebsten gleich alle bestehenden Sozialleistungen streichen. Das erachte ich als neoliberalen Missbrauch der Idee. Die Höhe muss so gestaltet sein, dass man menschenwürdig leben kann damit. Die gesicherte Menschenwürde wird sich dann schon auszahlen. **Es ist absehbar, dass die Abstimmung im nächsten Jahr eine deutliche Niederlage für das Grundeinkommen bringt. Wozu dann der Aufwand?** Wir machen diese Initiative nicht zum Spass, sondern sehen sie als Beitrag zu einer substanziellen politischen Debatte in der Schweiz. Constantin Seibt hat im «Tagesanzeiger» geschrieben, das BGE

## Darum geht es

Die Initiative verlangt die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens in der Schweiz. Dieses «soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen». Die genaue Art der Finanzierung und die Höhe müssten bei einer allfälligen Annahme politisch ausgehandelt werden. Bei der Beratung im Nationalrat fand das Anliegen wenig Gehör. Nur gerade 14 Mitglieder stimmten für die Annahme.

Die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens wird in unterschiedlicher Form bereits seit langer Zeit diskutiert. Die Schweiz ist aber das erste Land, in dem sich die Bevölkerung (vorausichtlich im nächsten Jahr) dazu äusseren kann. Aus Sicht der Initianten drängt sich – ganz grob gesagt – die Einführung in nicht mehr ferner Zukunft auf, da die zunehmende Rationalisierung und Automatisierung für menschliche Arbeit neue Konzepte nötig mache. Das BGE lasse sich so als «Automatisierungsdividende» verstehen, wogegen die heutige Form des Sozialstaates unter künftigen Bedingun-

gen nicht mehr adäquat sei. Es gelte auch sicherzustellen, dass die Menschen über genügend Geld für den Konsum verfügen – in Zeiten des Überflusses von Gütern seien Wirtschaftskrisen nicht eine Frage von zu knapper Produktion, sondern von zu geringer Nachfrage.

Grundsätzlich soll das BGE ungefähr kostenneutral zu finanzieren sein, wobei es bestehende Sozialwerke und Unterstützungsleistungen nur teilweise ersetzen soll. Die Finanzierungsfrage ist allerdings stark umstritten. Die Gretchenfrage ist, ob das BGE die Menschen «sicher, freier, motivierter und produktiver macht oder unsicherer, unfreier, unmotivierter und unproduktiver» (Häni). Davon hängt auch ab, wie stark zusätzliche Steuern oder ihre Erhöhung nötig wären.

Anders, als es das Mehrheitsverhältnis im Nationalrat vermuten liesse, findet die Idee von unterschiedlicher Seite Zustimmung, auch von liberaler Seite, von Ökonomen und Unternehmern. In Finnland findet sich ein entsprechendes Experiment seit Juni im Programm der liberal-konservativen Regierung. *tg*